

KURZ NOTIERT

von Mandy Fox

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südostasienstudien an der Universität Passau.

Friedenskonferenz: Kein Meilenstein, aber ein Anfang

Nach über 60 Jahren Bürgerkrieg stellt das Ringen um Frieden für die Entwicklung Myanmars die größte Herausforderung dar. Dementsprechend hoch waren die Erwartungen an die Friedenskonferenz mit dem Titel »Panglong Konferenz des 21. Jahrhunderts«, die von 31. August bis 3. September 2016 in Naypyidaw stattfand. 700 TeilnehmerInnen, darunter VertreterInnen politischer Parteien und ethnischer bewaffneter Gruppen, kamen zusammen um den Friedensprozess voranzutreiben. Überschattet wurde die Konfe-

renz durch ein erneutes Aufflammen der Kämpfe im Gebiet der Kachin Independence Army und der Tatsache, dass nicht alle beteiligten Akteure auf der Konferenz vertreten waren. Drei ethnischen bewaffneten Gruppen, die Ta'ang National Liberation Army, Arakan Army und die Kokang Myanmar National Democratic Alliance Army weigerten sich die Waffen niederzulegen, wie vom Militär für die Konferenzteilnahme gefordert. VertreterInnen der United Wa State Army verließen die Konferenz bereits am zweiten Tag,

da sie aufgrund eines organisatorischen Missgeschicks nur als BeobachterInnen eingestuft wurden. Wenn auch kein Meilenstein, so stellte die Konferenz zum ersten Mal eine Plattform zur Verfügung, um Meinungen zu artikulieren und sich auszutauschen. Nach Abschluss der Friedenskonferenz war für die TeilnehmerInnen klar, dass es zukünftig noch viel zu tun geben wird.

Myanmar Times, 22.8.2016

Nikkei Asian Review, 3.9.2016

ExpertInnen-Kommission soll Lösungsvorschläge für Rakhine State erarbeiten

Eine Kommission, geführt durch den ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, soll der myanmarischen Regierung beratend zur Seite stehen, sowie Lösungsvorschläge für Frieden, Versöhnung und Entwicklung im Rakhine State erarbeiten. Die gewaltsamen Konflikte 2012 führten zur Vertreibung von Muslimen, von denen sich viele zur Gruppe der Rohingya zählen. Sie fristen ihr Dasein seitdem als Binnenflüchtlinge in Camps. Auf Initiative von Aung San Suu Kyi wurde die Kommission, bestehend aus drei internationalen und sechs nationalen ExpertInnen, eingerichtet. Bereits im September 2016 reiste die Kommission für zwei Tage nach

Sittwe, der Hauptstadt des Rakhine State, um mit muslimisch-religiösen Führern, buddhistischen Mönchen, Nichtregierungsorganisationen und Binnenvertriebenen zu sprechen. Kritik an der Zusammensetzung der Kommission kam vonseiten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie kritisierten, dass kein Mitglied der muslimischen Gruppe der Rohingya vertreten ist. Unterdessen rief die Arakan National Party (ANP) zu Demonstrationen gegen die Kommission auf und forderten, dass sich Mitglieder der internationalen Gemeinschaft aus »inneren Angelegenheiten« heraushalten sollen. Am 16. September trafen sich 13 politische Parteien in Yangon, dar-

unter auch die ehemalige Regierungspartei Union Solidarity and Development Party und the ANP, um über die Kommission zu diskutieren. In einer symbolischen Entscheidung votierten elf Parteien für eine Ablehnung der Kommission. Aung San Suu Kyi zeigte sich bei ihrem Amerika Besuch verärgert über diesen politischen Vorstoß: »Die Kommission versucht ihr Bestes für die Menschen, aber es gibt einige, die nicht wollen, dass die Ziele erfolgreich erreicht werden.«

Wall Street Journal, 24.8.2016

The Irrawaddy, 7.9.2016, 13.9.2016

Frontier Myanmar, 15.9.2016

Myanmar Times, 19.9.2016

Militärgericht verurteilt Soldaten zu Haftstrafen

Sieben Soldaten, darunter vier Offiziere, wurden von einem Militärgericht im September 2016 schuldig gesprochen, fünf Menschen aus dem Dorf Mong Yaw im Shan State während einer Vernehmung getötet zu haben. Verurteilt wurden sie zu fünf Jahren Gefängnis mit harter Arbeit. Dies ist ein

Aufsehen erregendes Urteil und das erste seiner Art, agierte das Militär, auch Tatmadaw genannt, in der Vergangenheit unbehelligt und straflos. Sie werden für diverse Menschenrechtsverletzung verantwortlich gemacht. Für die Angehörigen der Opfer sind fünf Jahre Gefängnis immer noch

eine zu milde Strafe. Sie hoffen jetzt auf eine finanzielle Kompensation, da die Getöteten zumeist auch die Hauptversorger der Familien waren.

Frontier Myanmar, 16.9.2016

Myanmar Times, 19.9.2016